Das Transparent „Eine Bitte an die CDU“ wurde reproduziert in:

Sächsische Zeitung, 15.12.2003, S. 5
Thüringische Landeszeitung, 15.12.2003, S. 7
Leipziger Volkszeitung, 15.12.2003, S. 4
Leipziger Volkszeitung, 18.12.2003, S. 30
Leipziger Volkszeitung, 30.03.2004, S. 13
Leipziger Volkszeitung, 20.04.2004
Leipziger Neue, 30.04.2004
Leipziger Volkszeitung, 3.05.2004
Leipziger Volkszeitung, 15.08.2004
Arbeiterstimme, Herbst 2004, S. 22
DER SPIEGEL, 23.05.2005, S 5
Der Freitag, 8.07.2005
(Auflistung ohne Anspruch auf Vollständigkeit.)



11.08.2010 „Seit dem Start von Hartz IV [im Januar 2005] haben die Steuerzahler weit über 50 Milliarden Euro bezahlt, um Niedriglöhne aufzustocken. (...) Damit dient im Hartz-IV-System fast jeder dritte Euro dazu, niedrige Löhne aufzustocken, weil diese allein den Lebensunterhalt nicht sichern.“
Frankfurter Rundschau

25.09.2008 „Hartz IV ist ein Synonym für soziale Kälte und Ungerechtigkeit geworden, und wir haben uns dieses Etikett anpappen lassen. Warum eigentlich?“ **Peer Steinbrück**
15.08.2012 „Etwas mehr Stolz, etwas mehr Selbstbewusstsein über das, was uns [mit der Agenda 2010] gelungen ist, täte dem öffentlichen Erscheinungsbild der SPD gut.“ **Peer Steinbrück**
9.12.2012 - Peer Steinbrück wird Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 2013.

Nibelungentreue oder Neuanfang?

Heute steht die SPD für Enteignung der abhängig Beschäftigten von ihren Versicherungsrechten, für Verarmung der Arbeitenden, für Altersrente mit 67, für Schikane der Arbeitslosen, für die Ausweitung des Niedriglohnsektors und für Leiharbeit, für anti-keynesianische Wirtschaftspolitik und Lohndumping in der Euro-Zone - kurz: für die Erfüllung der CDU- und FDP-Träume. Mit der Aufhebung liberaler Vertragsfreiheit steht die SPD sogar für Untergrabung des Rechtsstaates.
Wir wünschen uns eine entschlossene Abkehr vom Abweg der Agenda 2010. Wir brauchen keine SPD als Hilfs-CDU oder Hilfs-FDP. Wir wünschen uns eine SPD, die für pro-kapitalistische Freunde des Sozialstaates wieder ebenso wählbar sein sollte wie für Linksliberale.
Denken Sie darüber nach! Wem nützt was? Welche Zukunft wollen Sie?

Zur Lektüre empfehlen wir drei Sozialdemokraten:
Albrecht Müller: *Die Reformlüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren.*
Gustav A. Horn: *Des Reichtums fette Beute: Wie die Ungleichheit unser Land ruiniert.*
Hartmut Elsenhans: *Kapitalismus global.*

◆ 23. Mai 2013 ◆ NachDenkSeiten - Leipzig (oliver.kloss@gmx.net) ◆ Original-Faltblatt: http://issuu.com/nachdenkseiten-leipzig

Ein Gruß zum 150. Jubiläum der SPD

„Im Wesentlichen konzentriert sich die Agenda 2010 auf drastische Leistungskürzungen in den sozialen Sicherungssystemen. Dazu zählen vor allem die Kürzung der Dauer des Arbeitslosengeldes, die faktische Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, Verschärfung von Zumutbarkeitsregelungen, Ausgliederung des Krankengeldes aus der paritätischen Finanzierung, Aufweichungen des Kündigungsschutzes sowie die nochmalige Absenkung des Rentenniveaus. (...) Eine Politik, die auf der einen Seite mit den falschen Rezepten operiert, auf der anderen Seite dem Druck konservativer Lobbygruppen nachgibt, ist weder mutig noch reformorientiert. (...) Eine Politik, die Arbeitslose unter dem Druck der materiellen Verhältnisse dazu treibt, Arbeit um jeden Preis anzunehmen, fördert die Ausbreitung einer Niedriglohnökonomie auch in Deutschland.“
Aufruf von über **400 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern** am **23.05.2003**:
Sozialstaat reformieren statt abbauen – Arbeitslosigkeit bekämpfen statt Arbeitslose bestrafen



(Rechts oben steht senkrecht auf dem Aufkleber „Verantwortlich: Beate Schmitt-Aschmann, CSU-Landesleitung, Nymphenburger Straße 64, 80335 München“.)

Dieser Aufkleber wurde von der CSU nach der Rede Gerhard Schröders über die „Agenda 2010“ vom 14. März 2003 zur Belustigung über die Wähler der SPD verteilt.
Nach wenigen Wochen ist der Aufkleber jedoch zurück gezogen und von der CSU nie wieder verbreitet worden.
Die Gefahr war erkannt: Der zynische CSU-Aufkleber hätte dem Bundeskanzler bei der Umsetzung des Sozialabbaus durch die Hartz-Gesetze innerparteilich Schwierigkeiten bereiten können. Und wer hätte demjenigen schaden wollen, der die Wünsche aus CSU und CDU so perfekt zu erfüllen versprach?

28.01.2005 „Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt. (...) [U]nd wir haben bei der Unterstützungszahlung Anreize dafür, Arbeit aufzunehmen, sehr stark in den Vordergrund gestellt. Es hat erhebliche Auseinandersetzungen mit starken Interessengruppen in unserer Gesellschaft gegeben. Aber wir haben diese Auseinandersetzungen durchgestanden.“
Bundeskanzler **Gerhard Schröder** auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos

24.05.2005 „Schröder tickt ganz einfach, er will von den feinen, den reichen, den mächtigen Leuten anerkannt werden. Er ist ein aufstiegssüchtiger Plebejer voll schrecklicher Minderwertigkeitskomplexe.“
Peter von Oertzen, Politologe, 59 Jahre SPD-Mitglied, Austritt im März 2005

Kritik am Wirken rechter „Sozialdemokraten“

19.11.2003 „Es ist eine wirklich bittere Ironie der Geschichte, dass ein SPD-Kanzler das Lambsdorff-Tietmeyer-Papier von 1982 nun nicht nur umsetzt, sondern noch verschärft. Seine Agenda 2010 ist eine Kriegserklärung an die Opfer der Krise. Was da drinsteht, konnte man schon bei Reagan und Thatcher lesen. Dieser 14. März, an dem er die Agenda im Parlament verlesen hat, war ein schwarzer Tag für den Sozialstaat - und die Demokratie.“ **Friedhelm Hengsbach** im stern

4.10.2004 „...die wahre Stoßrichtung von Hartz IV [ist] die mittelfristige Absenkung der Reallöhne.“
Oliver Kloss, Politologe, in der Freien Presse, ddp

30.04.2007 „Das, was im Wahlprogramm 1998 angekündigt worden ist, ist nicht eingehalten worden. Man hat in den ersten Monaten der Regierungszeit zehn Punkte des sogenannten „Sofortprogramms“ abgearbeitet. Danach hat man sich von dem eigenen Wahlprogramm abgewendet. Ähnliches ist 2002 passiert.“
Rudolf Dreßler, 1984 bis 2000 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

9.08.2007 „Wenn ich mir diesen (SPD-)Laden angucke, bleiben Wut, Enttäuschung, Bitterkeit.“ Am SPD-Bundesparteitag Ende Oktober will **Dreßler** nicht teilnehmen, und zwar schon deshalb nicht, weil Schröder dort ein Grußwort sprechen soll: „Da werden 50 Prozent der Delegierten gegen ihre innere Überzeugung zu Beifallsstürmen gezwungen. Das verstehe ich auch intellektuell nicht.“
Rheinische Post

18.01.2008 - **Hartz IV-Tribunal** im Gewerkschaftshaus in Frankfurt am Main: „Hartz IV wirkt als Hungerpeitsche zur Billigarbeit. Gegen politische Verfassungsfeinde ist Widerstand geboten!“

31.05.2008 „Die SPD hat in den letzten zehn Jahren 400.000 Mitglieder verloren, sie hat sechs Ministerpräsidenten verloren und hat nach den Umfragen 10 Millionen Wählerinnen und Wähler eingebüßt. Das heißt, diese neoliberalen Positionen, die finden wir bereits und zwar viel konsequenter in zwei bestehenden Parteien, in der CDU/CSU und in der FDP und wenn das so weitergeht, ist meine Prognose, werden die Sozialdemokraten nicht aus dem Keller kommen, sondern sie werden dort verharren. Ich habe das mal satirisch genannt, das Projekt Möllemann, vom anderen Ende her 18 Prozent.“ **Rudolf Dreßler** im Deutschlandfunk

20.06.2008 „Mit Schröder, Bodo Hombach und Wolfgang Clement fing es an. Dann hat sich Franz Müntefering auf deren Seite geschlagen und heute zählen Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier dazu. Sie haben als Neoliberale einen Richtungskampf in der Partei gegen die Anhänger des Sozialstaatspostulats begonnen. Man muss es klar sagen: Die wollen eine andere SPD. Das ist zwar nicht verboten, aber der Preis dafür ist so hoch, dass die Partei dem jetzt ein Ende setzen müsste.“ **Rudolf Dreßler** in Der Freitag

13.09.2008 „Das Dilemma begann 1998. Seitdem hat die SPD sechs Ministerpräsidenten, tausende von Kommunal-, Landtags- und Bundestagsmandaten und 400.000 Mitglieder verloren.“ **Rudolf Dreßler**

5.07.2009 „Blamiert hat sich die Agenda, die Anlegerinteressen eine rücksichtslose Dominanz einräumt, die ungerührt wachsende soziale Ungleichheit, das Entstehen eines Prekariats, Kinderarmut, Niedriglöhne und so weiter in Kauf nimmt, die mit ihrem Privatisierungswahn Kernfunktionen des Staates aushöhlt (...)." **Jürgen Habermas**, Philosoph, in DIE ZEIT

Frohlocken bei CDU/ CSU und den Erfüllungsgehilfen ihrer Träume



30.11.2005 Bundeskanzlerin **Angela Merkel** in der Regierungserklärung: „Ich möchte Bundeskanzler Schröder ganz persönlich dafür danken, dass er mit seiner Agenda 2010 mutig und entschlossen eine Tür aufgestoßen hat, eine Tür zu Reformen, und dass er die Agenda gegen Widerstände durchgesetzt hat. Damit hat er sich um unser Land verdient gemacht. Nicht zuletzt dafür möchte ich ihm im Namen aller Deutschen danken.“

20.07.2008 „Die große Koalition hat in der Tat viele Probleme gelöst, z.B. die Rente mit 67: Ein Thema bei dem sonst mehr Demonstrationen, mehr Proteste gewesen wären.“
Angela Merkel zur Rolle der SPD in der Großen Koalition

28.07.2008 - Zäsur: „Heute ist ein historischer Tag in der Geschichte der CDU Deutschlands. Zum ersten mal seit der Gründung unserer Partei im Jahre 1945 sind wir mitgliederstärkste Partei in unserem Land. Zum ersten mal in der Geschichte der beiden großen Volksparteien hat die CDU mehr Mitglieder als die SPD.“ **Ronald Pofalla**, CDU-Generalsekretär

27.09.2009 - Bundestagswahl: historischer Niedergang der SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier. (Rudolf Dreßler: „Man muss bis ins vorherige Jahrhundert zurückgehen, um eine ähnliche Situation vorzufinden: 1893 gewann die SPD bei der Reichstagswahl 23,4 Prozent, das waren immer noch 0,4 Prozentpunkte mehr als jetzt. Das verdeutlicht die Tiefe des Sturzes.“)

14.08.2010 Ex-Bundeskanzler in einer Diskussion um die Rente mit 67: „Wir haben das ja mit vorbereitet, was jetzt wieder zur Diskussion gestellt wird. Und wenn ich gedacht hätte, dass ich falsch liege, hätte ich es nicht gemacht.“ **Gerhard Schröder** in der Welt am Sonntag

27.05.2011 - Erstmals seit 1906 hat die SPD weniger als 500.000 Mitglieder.

Weihnachten 2012 - Verneunfachung der „Tafeln“ seit Helmut Kohls Abwahl (tafel.de)

14.03.2013 Edmund Stoiber, 2002 unterlegener Kanzlerkandidat, in der vom Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstalteten 10. Jubiläumsfeier „Agenda 2010 - Bilanz und Perspektive“: „Stellen Sie sich mal vor, ich hätte als Unionskanzler diese Positionen und diese Reformen durchzusetzen versucht, dann hätten wir nicht nur Montagsdemonstrationen gehabt...“